

Ausländer. Wahl. Kampf – Worin sich rote und schwarze „Abweichter“ bemerkenswert einig sind

Gegen rechte Hetzer und linke Trummer



„Unsere Leut“ bei einer Wahlrede von H.-C. Strache – oder war es eine Veranstaltung der Innenministerin? Manchen Beobachtern will sich der Unterschied in letzter Zeit nicht mehr recht erschließen ... Foto: AP

Die „schwammige“ SPÖ-Haltung zum Fremdenrecht könnte für die Partei zum Wahlproblem werden. Vorschläge für eine Kurskorrektur auf Basis einer weitgehend an Eigeninteressen orientierten Einwanderungspolitik.

Karl Newole*

Die Sache mit den Fremden ist, bei Lichte betrachtet, keine Sicherheits-, sondern in erster Linie eine soziale Frage. Gegen einen Volvo fahrenden Schweden und eine elegante Französin hat ja des Volkes Stimme nichts einzuwenden. Reibungspunkte ergeben sich dort, wo schlecht ausgebildete und schlecht verdienende Inländer mit Ausländern konfrontiert sind, die es noch billiger machen. Wenn die dann auch noch günstigen Wohnraum beanspruchen und im Gemeindebau einziehen, entsteht ein Gefühl existenzieller Bedrohung. Und wenn es dann auch noch Mohammedaner sind, ist der Weg zu FPÖ und BZÖ nicht mehr weit.

Bei der Frage, was man dagegen unternehmen kann, ist es meines Erachtens zuallererst wichtig, das Ganze einmal als real begründetes und sachlich fundiertes Problem zu erkennen, das ist schon die halbe Lösung. Das tun aber viele nicht. Die Multikulti-Linie der Grünen etwa ist, bei aller Sympathie, nicht zielführend. Der typische ausländerfreundliche Grün-Wähler hat allerdings auch wenig Verdrängungssorgen, stammt aus dem bürgerlichen und städtischen Intellektuellenmilieu und schickt die Kinder in eine katholische Privatschule. Aus meiner Zeit im Innenministerium weiß ich, dass die Liberalsten gegenüber Ausländern immer die Grünen und die Caritas waren. Die Hardliner waren immer die Freiheitlichen und die Gewerkschaft.

Und die Linie der SPÖ? Die ist teils schwammig, teils widersprüchlich. Das ist ein Problem, das die Partei bewältigen müsste, wenn sie bei diesem Thema nicht an die Rechtspopulisten Stimmen verlieren will. Einerseits möchte sie, zu Recht, liberal sein. Andererseits weiß sie, dass gerade die Arbeiterschaft in Favoriten und in anderen Ballungszentren am direktesten von diesen Fragen betroffen ist.

Dabei wäre es doch gar nicht so kompliziert: Man kann sich schon um wenige Euro einen Immigrationsratgeber für die klassischen Einwanderungsländer dieser Welt kaufen. Die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien haben diesbezüglich jahrhundertelange Erfahrungen. Wenn man das studiert, kommt man zu brauchbaren Ergebnissen.

Patentrezepte gibt es zwar nicht. Aber die Linie ist klar: Dauerevaluierung, welche Arbeitskräfte im Inland tatsächlich benötigt werden. Man sucht sich dann nach etablierten Auswahlkriterien die Besten und Integrationsfähigsten aus.

Das ist ein sehr egoistisches, aber auch sehr wirksames Prinzip. Das kann man auch Inländern verständlich machen. Leute, die straffällig werden – im Sinne von gerichtlich zu verfolgenden Delikten gewisser Schwere – oder sich mit den Grundwerten unserer Gesellschaft – einschließlich Emanzipation der Frau, Trennung von Religion und Staat, Meinungsfreiheit etc. – nicht identifizieren können, die müssen aber auch wieder gehen, besser: Sie sollen gar nicht

erst kommen. Für Illegalität, wie gesagt nur ab einem gewissen Schweregrad, und für Verwerfung unserer Grundwerte kann null Toleranz nicht falsch sein.

Das Konzept des wehrlosen Friedensengels, des Appeasements gegenüber Radikalismen, der Toleranz gegenüber der Intoleranz führt nur zu Konflikten.

Ein Aufnahmekontingent für jene, die es am allernotwendigsten haben, muss ebenfalls bereitstehen. Das aber ist Sache der Asyl- und nicht der Fremdenpolitik, das wird dauernd und fataalerweise vermischt.

Es geht also darum, Folgendes klar zu machen: weitgehend an Eigeninteressen ausgerichtete Einwanderungspolitik mit klaren Regeln einerseits. Humanitäre Hilfe für eine definierte Menge (und zwar wirklich – heißt: keine Lager-

situationen und Arbeitsverbote mit ewigen Wartezeiten) andererseits. Dazu eine ausreichende Dotierung. Und dann: Linie halten. Das ist alles viel billiger als halbfaule Lösungen und unklare Verhältnisse. Menschlich und ökonomisch.

*Karl Newole ist Rechtsanwalt in Wien und war in der Ära Vranitzky Sekretär des damaligen SP-Innenministers Karl Blecha.



Multi-Kulti-Linie ist nicht zielführend:
Karl Newole.

Foto: Urban